

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Umwelt- und Agrarausschuss

16. WP - 50. Sitzung

am Donnerstag, dem 5. November 2008, 14 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Klaus Klinckhamer (CDU)

Vorsitzender

Axel Bernstein (CDU)

Claus Ehlers (CDU)

Jutta Scheicht (CDU)

i.V. von Hartmut Hamerich

Dr. Henning Höppner (SPD)

Konrad Nabel (SPD)

Günther Hildebrand (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Sandra Redmann (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Herlich Marie Todsens-Reese (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht des Unabhängigen Landesentrums für den Datenschutz Schleswig-Holstein - Tätigkeitsbericht 2008	4
Drucksache 16/1839	
2. Gentechnik in der Landwirtschaft	5
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/56 Nr. 1 und 3	
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/86 Nr. 1 bis 5	
(überwiesen am 26. Mai 2005)	
3. Entwurf eines Gesetzes zum Tierschutz-Verbandsklagerecht	6
Gesetzesentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1224	
4. Entwurf eines Gesetzes zum Schutz vor Luftverunreinigungen, Geräuschen und ähnlichen Umwelteinwirkungen (Landes-Immissionsschutzgesetz - LImSchG)	8
Gesetzesentwurf der Landesregierung Drucksache 16/2115	
5. Umsetzung der nationalen Biodiversitätsstrategie	9
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2185	
6. Terminplanung 2009	10
7. Beschlüsse des Altenparlaments	11
8. Verschiedenes	12

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Bericht des Unabhängigen Landesentrums für den Datenschutz
Schleswig-Holstein - Tätigkeitsbericht 2008**

Drucksache 16/1839

(überwiesen am 18. Juni 2008 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und an alle weiteren Ausschüsse)

hierzu: Umdruck [16/3362-](#)

Nach einer kurzen Einführung des Leiters des Unabhängigen Landesentrums für den Datenschutz, Herrn Dr. Weichert, in den Bericht empfiehlt der Ausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, den Tätigkeitsbericht 2008 zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Gentechnik in der Landwirtschaft

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/56 Nr. 1 und 3

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/86 Nr. 1 bis 5

(überwiesen am 26. Mai 2005)

M Dr. von Boetticher bezieht sich auf den Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/56. Er erläutert im Einzelnen, die unter Nummer 3 aufgeführten Punkte seien erledigt. Die unter Nummer 1 gestellte Forderung verstoße gegen Europäisches Recht.

Abg. Matthiessen legt Wert auf die Feststellung, dass es unter Nummer 1 um gentechnikfreie Zonen gehe, die auf freiwilliger Basis errichtet werden könnten. Auch diese könnten von der Landesregierung unterstützt werden. Aus seiner Sicht sei der vorliegende Antrag durchaus nicht erledigt. Daher beantrage er Abstimmung.

Abg. Nabel legt dar, die SPD-Fraktion unterstütze im Wesentlichen die in dem Antrag formulierten Anliegen. Da der Koalitionspartner diese Auffassung nicht vertrete, beantrage er vor dem Hintergrund des bestehenden Koalitionsvertrages, die Beratung des Antrags zurückzustellen.

Zu dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/86, gibt M Dr. von Boetticher kurz folgende Stellungnahmen ab: Zu 1 verweist er auf die Drucksache 16/256. Zu 2 legt er dar, dass es mehr Versuchsgenehmigungen gebe als genutzt worden seien. Punkt 3 hält er für erledigt. Zu Punkt 4 führt er aus, dass es keine gentechnisch veränderten Pflanzenarten gebe, die schleswig-holsteinische Landwirte anpflanzen wollten. Sollte dem so sein, stünden Fachleute beratend zur Verfügung. Zu Punkt 5 führt er aus, dass er sehr wohl sachliche Information und Aufklärung leiste. Punkt 6 halte er für erledigt.

Den Antrag, die Beratung zurückzustellen, wird von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zum Tierschutz-Verbandsklagerecht

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1224

(überwiesen am 22. Februar 2007)

hierzu: Umdrucke [16/1850](#), [16/2165](#), [16/2834](#)

Abg. Nabel geht kurz auf die Historie ein und legt dar, dass es unterschiedliche Einstellung der Koalitionsfraktionen gebe. Inzwischen liege auch eine Stellungnahme des Wissenschaftlichen Dienstes vor, aus der hervorgehe, dass die Einführung des Tierschutz-Verbandsklagerechtes auf Landesebene möglich sei. Die SPD-Fraktion unterstütze dieses Vorhaben; ihr Koalitionspartner sei anderer Auffassung.

Abg. Matthiessen verweist darauf, Tierschutzrechte hätten nunmehr Verfassungsrang. Gleichzeitig seien sie aber nicht operationierbar. Dies wäre für den Fall der Einführung eines Verbandsklagerechts aber so. Zu der Frage, wie dieses gestaltet werde, sei er offen und zu Gesprächen auch mit den Fraktionen bereit. In diesem Zusammenhang verweist er auch kurz auf Erfahrungen aufgrund der Einführung des Verbandsklagerechts aus dem Naturschutzbereich; dieses habe nicht zu der Klageflut geführt, wie sie von den Gegnern befürchtet worden sei.

Abg. Ehlers legt dar, dass sich die Koalitionsfraktionen nicht hätten einigen können. Er regt an, dass sich die Fraktionsspitzen mit diesem Thema beschäftigen, und beantragt Vertagung.

Abg. Hildebrand betont, eine Befürwortung der Einführung des Verbandsklagerechts bedeute nicht, dass man sich gegen Tierschutz stelle. Er legt dar, innerhalb seiner Fraktion gebe es zu diesem Thema unterschiedliche Auffassungen.

M Dr. von Boetticher weist darauf hin, dass sich die Tierschutzrechte in den letzten Jahren positiv entwickelt hätten. Er weist auf den Verfassungsrang des Tierschutzrechtes sowie die Institutionen des Tierschutzbeirates und der Tierschutzkommission auf Landesebene hin. Ein weiterer großer Schritt sei die Einführung der strategischen Umweltprüfung in allen Ange-

legenheiten. Hier spielten zum ersten Mal auch in allen Planungsbereichen Tierschutzaspekte eine große Rolle.

Die Einführung des Tierschutzrechtes in die Verfassung hält Abg. Matthiessen maßgeblich dafür, weitere Schritte für die Ausgestaltung dieses Rechts zu unternehmen.

Auch Abg. Bernstein verweist auf den Verfassungsrang des Tierschutzes. Seiner Auffassung nach sei jeder einzelne aufgefordert, der bedenkliche Situationen feststelle, seiner Verantwortung gerecht zu werden. Er geht sodann auf eine Pressemitteilung von PROVIEH vom 5. November 2008 ein und bezieht sich auf den dort wiedergegebenen Satz: „Um die verantwortlichen Tierhalter zur Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Pflegeverpflichtung zu zwingen, schauen die Veterinärbehörden weg.“ Er bittet dazu um einen Hinweis, worauf sich diese Anschuldigungen bezögen und ob sie Substanz hätten.

Abg. Harms spricht sich für eine Sachentscheidung aus.

M Dr. von Boetticher macht deutlich, die Tatsache, dass der Tierschutz nunmehr Verfassungsrang habe, ziehe nichts rechtlich zwingend nach sich. Daraus folge, dass dieses Ziel bei Verwaltungshandeln zu berücksichtigen sei. Das könne auf unterschiedliche Art und Weise geschehen.

Der Antrag, die Beratung zurückzustellen, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zum Schutz vor Luftverunreinigungen,
Geräuschen und ähnlichen Umwelteinwirkungen
(Landes-Immissionsschutzgesetz - LImSchG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/2115

(überwiesen am 18. Juni 2008 an den **Umwelt- und Agrarausschuss**, den Innen- und Rechtsausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: Umdrucke [16/3339](#), [16/3348](#), [16/3352](#), [16/3364](#), [16/3393](#), [16/3394](#),
[16/3395](#), [16/3404](#), [16/3405](#), [16/3413](#), [16/3414](#), [16/3448](#),
[16/3449](#), [16/3480](#), [16/3500](#), [16/3508](#), [16/3522](#), [16/3531](#),
16/3616

Die Koalitionsfraktionen bringen den aus Umdruck 16/3616 ersichtlichen Änderungsantrag ein.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag unter Vorbehalt der Zustimmung der beteiligten Ausschüsse, den Gesetzentwurf in die aus Umdruck 16/3616 ersichtlichen Weise zu ändern und den so geänderten Gesetzentwurf anzunehmen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Umsetzung der nationalen Biodiversitätsstrategie

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2185

(überwiesen am 9. Oktober 2008 zur abschließenden Beratung)

Abg. Nabel regt an, eine Anhörung durchzuführen.

Abg. Matthiessen begrüßt diesen Vorschlag.

Abg. Bernstein beantragt, die Beratung wegen der Erkrankung der fachpolitischen Sprecherin seiner Fraktion zurückzustellen.

Der Ausschuss stellt die Beratungen bis zu seiner nächsten Sitzung zurück.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Terminplanung 2009

hierzu: Umdruck 16/3561

Der Ausschuss billigt die aus Umdruck 16/3561 (neu) ersichtlichen Termine für das Jahr 2009.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Beschlüsse des Altenparlaments

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags
Umdruck 16/3520

Der Ausschuss nimmt die Beschlüsse des Altenparlaments zur Kenntnis und regt an, dass sich die Fraktionen inhaltlich damit beschäftigen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

a) Umsetzung der Europäischen Transparenzinitiative in Deutschland/Schleswig-Holstein

M Dr. von Boetticher berichtet über die Umsetzung der Europäischen Transparenzinitiative. Er sagt auf Bitte des Abg. Matthiessen zu, dem Ausschuss sein Redemanuskript zukommen zu lassen.

b) Vogelschutz

M Dr. von Boetticher legt dar, dass gegen die Ausweisung der beiden Vogelschutzgebiete auf Eiderstedt und in der Eider-Treene-Sorge-Niederung geklagt worden sei. Beide Klagen seien als unzulässig abgewiesen worden. Gegen den Bescheid auf Eiderstedt sei Beschwerde beim OVG eingereicht worden. Die Landesregierung habe daher die Bundesregierung gebeten, die Meldeunterlagen zurückzuhalten, bis das OVG eine Entscheidung getroffen habe. Dieses Vorgehen sei mit der EU abgesprochen.

Abg. Matthiessen stellt einige Fragen zum Verein „Pro Eiderstedt“. Ihm wird geraten, dazu eine entsprechende Kleine Anfrage zu stellen.

c) Dioxinfunde in Rinderlebern in der Elbmarsch

M Dr. von Boetticher berichtet aufgrund einer Frage des Abg. Hildebrand, bei Stichprobenuntersuchungen in einem Großraum, der über die Elbmarsch hinaus gegangen sei, seien bei einer Milchprobe zwar unter den Grenzwerten liegende, aber erhöhte Werte festgestellt worden. Um der Ursache auf den Grund zu gehen, seien Nachfolgeuntersuchungen durchgeführt worden.

Die Untersuchungsergebnisse seien folgende: Die Tiere und das Fleisch hätten Werte ausgewiesen, die weit unterhalb der gesetzlichen Grenzwerte lägen. Bei 12 von 13 Proben sei allerdings die Leber belastet gewesen. Nach bisherigen Erkenntnissen stammten die Schadstoffe aus ehemaligen Überschwemmungsgebieten.

Die Tierhalter seien darüber informiert worden; eine Informationsveranstaltung sei durchgeführt worden. Offensichtlich habe die örtliche Presse nur das Stimmungsbild eines Landwirtes vor Ort dargestellt. Die Landesregierung versuche, gemeinsam mit den Landwirten in den nächsten Wochen und Monaten darüber zu diskutieren, welche weiteren Maßnahmen getroffen werden könnten.

Abg. Nabel hält es für erforderlich, weitergehende Untersuchungen durchzuführen und nennt beispielsweise Sedimentablagerungen, die durch Überflutungen der Elbe auch aus den jüngsten Hochwasserständen stammen könnten. Auch sollten entsprechende Erkenntnisse bei überregionalen Gesprächen Berücksichtigung finden.

M Dr. von Boetticher nimmt diese Anregungen auf, betont jedoch, dass die Funde Folge einer ständigen Belastung durch Überflutungen einer hoch belasteten Elbe in der Vergangenheit seien.

Der Vorsitzende schließt die Diskussion zu diesem Thema mit der Bitte, dem Ausschuss bei weiteren Erkenntnissen zu berichten.

d) Naturschutztag

M Dr. von Boetticher weist auf den Naturschutztag am 14. November 2008 hin.

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, schließt die Sitzung um 15 Uhr.

gez. Klaus Klinckhamer
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin